

Preis 2 Schilling

Redaktion und Verwaltung
Inseratenannahme:
1108 Wien, XIX., Muthg. 2, Pressehaus
Tel.: 36 52 50, FS.: 07-4110, 07-5406
Telegramme: Wienspresse Wien
Anzeigen-Stattdbüro:
Wien, I., Fleischmarkt 1 (63 33 60)
Vertrieb:
1140 Wien, XIV., Husterlg. 3 (92 16 02)
Abonnement und Provinzvertrieb:
1010 Wien, I., Wollzeile 11 (52 69 03)
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt: Wien 1190 P. b. b.

Die Presse

Unabhängige Zeitung für Österreich

DAS WETTER:

Zeitweise bewölkt
Vorwiegend heiter
Warm

(AUSFÜHRLICH SEITE 5)

Gründet 1848

Jahrgang 1968 / Nr. 6109

Wien, Mittwoch, den 21. August 1968

Johnson auf hartem Kurs

Kein Bombenstrop in Vietnam — Nixon unterstützt Präsidenten

DETROIT (upl, ap, reuter, afp). Präsident Johnson machte am Dienstag unmissverständlich klar, er denke nicht an eine De-Eskalation im Vietnam-Krieg, solange Hanoi keine ernsthaften Bemühungen zur Einschränkung der Kriegshandlungen unternimmt. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Nixon verteidigte Johnsons Standpunkt als „realistisch“. In ganz Südvietnam flammte indessen die Kampfhaftigkeit auf.

Auf dem Konvent des amerikanischen Frontkämpferverbandes in Detroit erklärte Präsident Johnson in der Nacht auf Dienstag, es liege nun an Nordvietnam, Schritte zur Entschärfung des Krieges zu unternehmen. Die USA hätten durch die Beschränkung der Luftangriffe auf Nordvietnam einen ersten großen Schritt getan und würden keine weiteren Schritte zur Verminderung der Kampfhaftigkeit unternehmen, wenn sie nicht die Gewähr hätte, daß auch Nordvietnam zu einer De-Eskalation bereit sei. Die USA seien willens, Risiken für den Frieden auf sich zu nehmen. „Tollkühne Maßnahmen“ jedoch, für die die kämpfenden amerikanischen Soldaten den Preis zu zahlen hätten, kämen nicht in Frage.

Wenig Chancen in Paris

Er bezweifle, fuhr Johnson fort, daß irgendein anderer US-Präsident im Grunde eine andere Haltung einnehmen werde, wenn er erst einmal die Bürde des Amtes trage, wenn ihm alle Informationen zur Verfügung seien und er vor dem amerikanischen Volk die Verantwortung für alle

Alternativen tragen müsse, die vor ihm liegen.

Mit dieser Erklärung Johnsons sind Spekulationen beendet worden, die USA könnten noch vor dem Beginn des demokratischen Parteikonvents am 28. August zur Wahl ihrer Präsidentschaftskandidaten die Luftangriffe auf Nordvietnam einstellen. Zugleich läßt die Erklärung für die heute, Mittwoch, stattfindende 18. Konferenz der Verhandlungsdelegationen der USA und Nordvietnams bei den Pariser Verhandlungen wenig Hoffnung auf Fortschritte bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes.

„Ich halte die Stellung des Präsidenten hinsichtlich eines Stops der Bombardements für realistisch.“ Mit diesen Worten verteidigte der republikanische Präsidentschaftskandidat Nixon den Entschluß Johnsons. Auf einer Pressekonferenz in Columbus sagte Nixon am Dienstag: „Wir alle wünschen eine Einstellung der Bombardements bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes, aber wir können die Bombardements so lange nicht einstellen, als es

presse - telex

MEHR GEISTESKRANKE
Die Zahl der Geisteskranken in aller Welt nehme alarmierend zu, erklärten die Teilnehmer an der Weltgesundheitsversammlung in London. (Seite 10)

PROTESTE IN VENEDIG
Die Internationale Ausstellung für Filmkunst in Venedig sieht bereits vor ihrer Eröffnung im Kreuzfeuer der Vorkritik sowohl aus politischen wie künstlerischen Gründen. (Seite 4)

APOLLO-FLUG
Für den 11. Oktober wurde der erste bemannte Apollo-Raumflug von den USA angekündigt. An Bord werden sich drei Astronauten befinden. (Seite 10)

Mißglückter Putsch in Syrien

Libanesisches Zeitung meldet Flucht von 185 Offizieren

BEIRUT (atp, upl). In Syrien sei am 15. August ein Putschversuch gegen das linksgerichtete Baath-Regime gescheitert. Die Putschisten seien fehlgeschlagen, der von gemeinsamen Baathisten unter der Führung des ehemaligen syrischen Generalstabschefs Soueidani unternommene Versuch, die libanesischen Zeitungen „Al Nahar“, „Diesen Bericht zufolge ist General Soueidani inzwischen in den Irak geflüchtet, mit ihm weitere 185 Offiziere und zwölf Piloten. Soueidani soll versucht haben, eine Annäherung zwischen den Baathisten in Syrien und im Irak zustande zu bringen, die zwei verschiedenen Flügeln angehören.

Angehört hat der General, ein Anhänger der traditionellen Führer der Partei, Hafik und Bitar, seine Vorschläge nach dem 30. Juli gemacht, als das neue Regime in Bagdad, Al Bakr in Bagdad, bereits gescheitert sei. Als ihm die drei „starken“ Männer Syriens — der Generalsekretär des Baath, Jedd, Verteidigungsminister Hafik, der Vizepräsident Machos — entgegengetreten, habe er zu putschen versucht. Sowohl in Bagdad wie in Damaskus bewahrt man über den Vorfall Stillschweigen.

Inzwischen verdächtigte die ägyptische regierungsnahen Zeitung „Al Ahram“ Israel, es habe am Sonntag die über dem Mittelmeer verunglückte Verkehrsmaschine der „United Arab Airlines“ abgeschossen. Die Zeitung wies darauf hin, daß die Maschine des Typs „Antonov 24“ nur 180 Kilometer von der israelischen Küste entfernt war, als sie abstürzte. Der Pilot hätte auch keine Zeit gehabt, Notrufe zu funken, was nur dann verständlich sei, wenn die elektrischen Anlagen der Maschine ausgefallen wären.

Der Sonderbeauftragte der UN für den Nahen Osten, Jarring, wird heute, Mittwoch, zu Gesprächen mit

Kein neues Herz für Eisenhower

Zustand des Expräsidenten unverändert kritisch

WASHINGTON (afp, ap, reuter, upl). Im Befinden des früheren amerikanischen Präsidenten Eisenhower sind in den letzten 24 Stunden keine wesentliche Änderungen eingetreten. Dies geht aus dem ärztlichen Bulletin hervor, das am Dienstag vom Walter-Red-Krankenhaus veröffentlicht wurde. Der 77jährige Staatsmann leide weiterhin an krampfartigen Kontraktionen des Herzmuskels, und obwohl diese etwas nachgelassen hätten, sei sein Zustand nach wie vor sehr kritisch.

Wie ein Sprecher des Krankenhauses am Dienstag mitteilte, sei von den behandelnden Ärzten die Möglichkeit einer Herztransplantation an Eisenhower „ernsthaft erwogen“ worden. Die Ärzte stellten jedoch fest, eine solche Transplantation sei wegen des Alters des Generals und anderer schwerwiegender medizinischer Umstände, so vor allem wegen seines außerordentlich geschwächten Allgemeinzustandes, nicht angezeigt. Die Familie habe sich mit dieser

CSSR auf dem Weg zum Bundesstaat

Sowjetpresse attackiert weiter — Prag maßvoll — Manöver in Böhmen

PRAG (ctk, upl, atp, tass, dpa, reuter). Das Präsidium der tschechoslowakischen Nationalversammlung hat am Montag die Grundzüge der vorläufigen Verfassung der CSSR in einen Bundesstaat der tschechischen Länder und der Slowakei gebilligt. Ein entsprechendes Verfassungsgesetz wird am 28. Oktober von der Nationalversammlung behandelt werden. Gleichzeitig sprach sich jedoch die Mehrheit der Präsidiumsmitglieder gegen eine aus drei Bundesländern bestehende Föderation aus. Eine derartige Forderung von Delegierten des tschechischen Nationalausschusses getilgt worden.

Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ hat am Dienstag erneut die Prager Reformpolitik indirekt angegriffen und ermahnt, nicht von den Grundzügen des Kommunismus aus Moskauer Sicht abzuweichen. In einem Grundsatzzartikel mit dem Tenor: „Auf dem Gebiet der Ideologie gibt es keine friedliche Koexistenz“, wies die CSSR zwar nicht namentlich erwähnt, dennoch ist es nach Meinung ausländischer Beobachter in Moskau, eindeutig an die

Bevölkerung will Westkredite

Die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung würde Anleihen aus westlichen Ländern solchen aus der Sowjetunion vorziehen. Dies hat eine von der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften durchgeführte Meinungsbefragung, laut CTK, ergeben. Auf die Frage, in welchen Ländern die CSSR Kredite zur Ankurbelung der Wirtschaft aufnehmen solle, nannten 15 Prozent der Befragten die Sowjetunion und fünf Prozent andere kommunistische Länder, 14 Prozent die USA und 23 Prozent andere westliche Länder.

Der Korrespondent der „New York Times“ in Prag, Henry Kamm, ist von den tschechoslowakischen Behörden wegen seiner „provokativen“ Äußerungen zum Einreiseverbot belegt worden, wie das CS-Außenministerium am Dienstag mitteilte. Kamm wurde zur Last gelegt, fälschlicherweise berichtet zu haben, daß der dem konservativen Lager zugeordnete Chefredakteur von „Rude Pravo“, Svestka, den redaktionellen Raum für die Berichterstattung über die Sowjetunion „wirklich beschnitten“ habe. Diese „grobe Provokation“ habe zu einer Hetzkampagne der ausländischen Presse gegen „Rude Pravo“ geführt.

Indessen hat Svestka, der dem eifököpfigen ZK-Präsidenten der KPC angetraut sei, zu den wiederholten Angriffen gegen seine Person Stellung genommen. In einem Kommen-



Im Zuge der Kämpfe im vietnamesischen Hochland wurde diese Familie von den Alliierten aus einem Lager-Kamp-Arbeitslager befreit. Ein Helikopter wird sie aus dem Kampfgebiet evakuieren. In ein neues Lager.

Erfolgreiche Mörderjagd

WIEN (tel). Die Identität des mutmaßlichen Mörders des 28jährigen Norbert Schmutzer konnte geklärt werden. Es ist der 26 Jahre alte Johann Pokorny, der zu seiner Freundin nach Preßburg geflüchtet sein dürfte. Norbert Schmutzer war am Sonntagabend im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Mitarbeitern der Unterwelt vor einem Kaffeehaus auf offener Straße erschossen worden. Pokorny wird von Augenzeugen der Tat schwer belastet.

(Ausführender Bericht Seite 10)

BEFREIT — DOCH WAS NUN?

Der Ruf nach dem Staat

VON HERBERT NEDOMANSKY

Die Triplizität der Fälle ist bezeichnend: Zur selben Zeit, da Wiens große Konzertgesellschaften, konfrontiert mit der Tatsache, für die Saison 1968/69 nicht einen Groschen mehr Subvention zu bekommen als vor acht Jahren, von fahrlässiger Krida sprechen, wenn sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Summen wirtschaften sollen, im nämlichen Augenblick, da die Bregener Festspiele, vom Regen arg bedrängt, die sogenannte „Katastrophenklause“ in Anspruch nehmen wollen, die eine verstärkte Beteiligung der Subventionsträger an der Abdeckung des witterbedingten erhöhten Defizits vorsieht, melden auch die Studenten erhöhte Rechtsansprüche auf Stipendien an, fordern also gleichfalls eine intensive Unterstützung vom Staat.

Der Staat, das ist bereits Brauch geworden, wird a priori als Rettungsgesellschaft angesehen, als finanzielle Nothilfe, wo immer die Eigeninitiative versagt. Subvention, das ist das erste Wort in solchen Situationen, das mit derselben Automatik angewandt wird, mit der man hierzulande Subventionen zu verteilen pflegt.

Um die genannten Fälle kurz zu erläutern: Ohne Zweifel ist während der letzten acht Jahre die Kultur erheblich gestiegen, die der Betrieb einer Konzertgesellschaft beantragt. Vom Sandler bis zum Spitzenreiter sind die Gehälter und Gagen in dieser Zeit bedeutend angewachsen, nicht weniger die rein technischen Betriebsausgaben. Wahrscheinlich hat die Erhöhung der Eintrittspreise mit der allgemeinen Teuerung nicht Schritt gehalten. Das unterscheidet wohl Kultur- von Konsumgütern, daß sie nur selten nach ihrem Realwert honoriert werden.

Aber ist hier wirklich allein der Staat zuständig oder gar verpflichtet, diese Zuschüsse zu geben, die so ein Institut vor der „fahrlässigen Krida“ bewahren könnten? Keine Frage, daß der Staat (in ähnlichem Maße freilich auch die Stadt) ein

Man wird sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Ruf nach dem Staat nur für Investitionen voll berechtigt ist, dort aber, wo es sich bei den verlangten Subventionen um eine Art Konsumförderung handelt, aber ungebührlich blöden sollte. Allein schon, um die Privatinitiative, sei es im Mäzenatentum, sei es bei der Selbsthilfe, nicht verkümmern zu lassen. Wie sich auch der Staat dazu aufraufen sollte, sein schematisiertes Subventionieren, das System der kleinen Hilfen, aufzugeben und durch gezielte Schwerpunktförderung zu ersetzen. Es sei denn, er will Almosen schüttelein. Damit aber ist weder dem Geber noch dem Nehmer gedient.